

Hochkarätig besetztes Ludwig-Erhard-Gespräch mit Professor Otmar Issing und Professor Lars P. Feld

FÜRTH - „Von der D-Mark zum Euro. Erinnerungen des Chefökonom“ lautet der Titel des neuesten Buchs von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing. Und wohl keiner kann die Geschichte der Währungsumstellung besser aus erster Hand erzählen als der langjährige Chefökonom der Deutschen Bundesbank und später der Europäischen Zentralbank. Gemeinsam mit dem zweiten Gesprächspartner, Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, blickte Issing nicht nur zurück, sondern analysierte auch die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzpolitik.

„Für Helmut Kohl war es politisch hochriskant, die D-Mark aufzugeben“, resümierte Otmar Issing die Zeit nach der Wiedervereinigung. Schließlich hätten die Deutschen ihre stabile und weltweit geschätzte Währung in der Nachkriegszeit schon bald mit einem gewissen Stolz verbunden. Gleichzeitig sei von Seiten insbesondere angelsächsischer Finanzexperten mit einem mehr oder weniger baldigen Scheitern des Euro gerechnet worden. Otmar Issing, von 1998 bis 2006 als eines von sechs Mitgliedern im Direktorium der Europäischen Zentralbank der erste Chefökonom und verantwortlich für die Generaldirektionen Forschung und Wirtschaft, war ebenfalls besorgt: „Ich war für den Euro, aber die Umstände seiner Einführung habe ich kritisch gesehen. Meine Berufung zur EZB habe ich angenommen, um den Euro zu einem Erfolg zu machen“, berichtete Issing im vollbesetzten Vortragssaal des Fürther Ludwig Erhard Zentrums (LEZ).

Auch wenn sich die großen Schocks für die Gemeinschaftswährung (Finanz- und Wirtschaftskrise, Coronapandemie, Ukraine-Krieg) erst nach Issings Ausscheiden ereigneten, stellte er klar, dass die Schwierigkeiten des Anfangs gerne schnell vergessen würden. Anders als zuvor bei der Bundesbank habe er bei der EZB keine „eingelölte Maschine“ vorgefunden: „Ganz im Gegenteil, wir mussten aus dem Nichts starten.“ Ein Vorteil gegenüber den anderen Mitgliedern des EZB-Rats sei es gewesen, schon in seiner Zeit bei der Bundesbank, andere mit Argumenten überzeugen zu müssen. „Verglichen mit mir waren die Notenbankenpräsidenten zu Hause ja Diktatoren gewesen“, wie Otmar Issing in seinem ebenso launigen wie fachlich fundierten Vortrag ausführte. Letztlich sei es für ihn als Wissenschaftler – der 1936 in Würzburg geborene Volkswirtschaftler lehrte unter anderem an den Universitäten in Erlangen-Nürnberg und Würzburg und war beim Internationalen Währungsfonds in Washington D.C. tätig – aber eben „unwiderstehlich gewesen, das zu praktizieren, was man als Wissenschaftler jahrelang gelehrt hat.“

Nicht nur für Professor Lars P. Feld hat Otmar Issing großen Anteil daran, dass die Euro-Umstellung „glatt und ohne Eruptionen“ verlaufen ist. Umso unverständlicher sei es für Issing gewesen, dass ausgerechnet die Bundesrepublik unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder den Euro-Stabilitäts- und Wachstumspakt „gemeuchelt“ hat. Mit Feld teile er die Sorge, dass die EZB immer wieder in Probleme laufe wegen der Politik ihrer einzelnen Mitglieder.

Beim Blick nach vorne konnte Lars P. Feld – Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Universität Freiburg, Direktor des Walter Eucken Instituts, von 2011 bis 2021 im sogenannten „Rat der Wirtschaftsweisen“ und derzeit Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen – dann nur wenig Optimismus verbreiten. Zu sehr sei die derzeitige Bundesregierung mit strukturellen Problemen konfrontiert. Um das „toxische Gemisch“ aus gestiegenen Arbeits- und Energiekosten, Steuerbelastung und bürokratischer Regelungsintensität aufzubrechen, bräuchte es seitens der Ampel-Regierung endlich eine klare Priorisierung für Investitionen. Dies sei zu erreichen, indem Umweltschutzrichtlinien ebenso wie der Datenschutz reduziert werden. Letzterer schaffe Probleme bei der Übermittlung zwischen Bundesländern, ja sogar manchmal zwischen den Kommunen. Dies koste Wachstum und berge in Bezug auf die Kriminalitätsbekämpfung zudem ein nicht zu leugnendes Gefahrenpotenzial. Des Weiteren forderte Feld eine Vereinfachung des Arbeits- und des Baurechts. Letztlich müsse man sich entscheiden, zwischen Ordnungspolitik und interventionistischen Einzelmaßnahmen. Beides lasse sich nicht miteinander vereinbaren, doch genau in so einer Phase des „Durchwurstelns“ befinde sich die Bundespolitik gerade, während gleichzeitig große Herausforderungen wie die Geopolitik, der Klimawandel und die Demografie zum Handeln drängten.